

# QUARTALSBERICHT

**Projektland: Maghreb (Tunesien, Algerien,  
Marokko)**

**Quartal/Jahr: IV/2011**

## SCHLAGZEILEN TUNESIEN

- 1. Freie Wahlen der Verfassungsgebenden Versammlung**
- 2. Bildung einer neuen Übergangsregierung**
- 3. Weißbuch des Innenministeriums zum Thema Sicherheit und regionale Entwicklung**
- 4. Besuch von Bundestagspräsident Dr. Lammert in Tunis**
- 5. Erstes tunesisch-deutsches Wirtschaftsforum**
- 6. Ausschreitungen an der Universität Manouba**

Ein dreiviertel Jahr nach der Jasminrevolution im Januar haben am 23. Oktober 2011 die Tunesierinnen und Tunesier in den ersten freien Wahlen des Landes seit der Unabhängigkeit im Jahr 1956 die 217 Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung gewählt. Die von der unabhängigen Wahlkommission ISIE (Instance Supérieure Indépendante pour les Elections) organisierten und durchgeführten Wahlen verliefen weitestgehend ruhig und geordnet. In Anbetracht der relativ kurzen Vorbereitungszeit war die Wahlbeteiligung von 52% beachtlich hoch. Nach Abschluss der Prüfung und Verkündung der verwaltungsgerichtlichen Urteile über verschiedene Wahlanfechtungen wurden am 14. November die endgültigen Wahlergebnisse von der ISIE verkündet. Mit 89 Sitzen stellt die islamische Partei Ennahdha die Mehrheit in der Verfassungsgebenden Versammlung. Bei der Regierungsbildung ist sie allerdings darauf angewiesen, als sogenannte „Troïka“ mit den Mitte-Links Parteien CPR (Congrès pour la République, 29 Sitze) und Ettakatol (20 Sitze) zu koalieren (*zu weiteren Einzelheiten siehe auch den Politischen Sonderbericht vom 28. Oktober 2011 zu den ersten freien, demokratischen Wahlen in Tunesien auf der Webseite der HSS*).

Anfang Dezember hat die Verfassungsgebende Versammlung mit überwiegender Mehrheit gegen eine auf ein Jahr begrenzte Geltungsdauer der

Verfassungsgebenden Versammlung gestimmt. Sie bleibt nunmehr so lange im Amt, bis sie ihre Arbeit – die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und die Organisation von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen – abgeschlossen hat. Mit dieser Entscheidung handelten die Abgeordneten von Ennahdha und Ettakatol gegen eines ihrer Wahlversprechen, in dem sie sich klar für eine Beschränkung der Arbeit der Verfassungsgebenden Versammlung auf ein Jahr ausgesprochen hatten; die Partei CPR hatte sich in dieser Frage vor den Wahlen zurückgehalten.

Die am 22. November erstmals zusammengetretene Verfassungsgebende Versammlung verabschiedete am 11. Dezember eine Übergangsverfassung (sog. „kleine“ Verfassung). Diese regelt den Wahlprozess für die neue Übergangsregierung und die vorläufige Kräfteverteilung zwischen den Staatsgewalten Legislative, Exekutive und Judikative. Am Tag darauf wählte sie Moncef Marzouki (CPR) zum Staatspräsidenten. Neuer Premierminister wurde Hamadi Jebali (Ennahdha); Moustapha Ben Jaafar (Ettakatol) bekam das Amt des Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung. Am 23. Dezember stimmten die Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung mit großer Mehrheit (154 Ja-Stimmen, 38 Nein-Stimmen, 25 Enthaltungen) für die von Regierungschef Jebali vorgelegte Kabinettsliste. Sie umfasst 25 Minister im engeren Sinne, fünf dem Regierungschef oder dem Innenminister beigeordnete Minister, sowie 11 Staatssekretäre. Im Kabinett dominiert die islamische Ennahdha-Partei, die 13 der insgesamt 25 Ministerposten stellt, darunter den Innen-, den Außen- und den Justizminister, sowie den Minister für Hochschulwesen. Die beiden Parteien CPR und Ettakatol besetzen jeweils drei Ministerposten, wohingegen die sog. Unabhängigen sechs Ministerposten inne haben (*zu den einzelnen Kabinettsmitgliedern siehe auch den Politischen Sonderbericht vom 28. Dezember 2011 zum neuen Kabinett nach den Wahlen der Verfassungsgebenden Versammlung auf der Webseite der HSS*).

Im Berichtszeitraum hat das Innenministerium ein Weißbuch mit dem Titel „Sicherheit und Entwicklung – Für eine Sicherheit im Dienste der Demokratie“ vorgelegt. Dieses fordert insbesondere die Neustrukturierung der zentralen und regionalen Sicherheitsbehörden; eine Überarbeitung des Entlohnungssystems; eine Verbesserung der Ausbildung der Sicherheitskräfte sowie die Entwicklung eines neuen Verhaltenskodex für die Sicherheitskräfte und eines Mechanismus zur Gewährleistung der Transparenz von Sicherheitsmaßnahmen. Die Zuständigkeit des Innenministeriums für Kommunen und Gouvernorate sowie für die regionale Entwicklung soll auf andere Ministerien übertragen werden, um die während der Diktatur entstandenen erheblichen Entwicklungsdiskrepanzen zwischen den einzelnen Landesteilen zu überwinden.

Die tunesische Wirtschaftslage ist weiterhin angespannt. So sind 2011 die ausländischen Direktinvestitionen – wie auch in anderen Ländern des arabischen Frühlings – erheblich gesunken. Sie betragen für Tunesien 55,1 Milliarden Dollar, gegenüber 66,2 Milliarden Dollar im Jahr 2010. Das bedeutet einen Rückgang um 21%. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosenzahl bedingt durch die Krise des Tourismussektors und den Einbruch bei den Textilexporten sowie die Rückkehr von etwa 76.000 tunesischen Arbeitern aus Libyen erneut an und wird für Ende 2011 auf nahezu eine Million, darunter viele Jungakademiker, beziffert. Die anhaltende hohe Inflation und dadurch gestiegenen Lebenshaltungskosten führten auch im letzten Quartal noch landesweit zu Streikwellen, Demonstrationen und Sit-Ins. Besonders stark betroffen sind die unter der Diktatur vernachlässigten Regionen Kasserine, Sidi Bouzid und Gafsa. Die Streikenden verlangen einen klaren Schnitt der Übergangsregierung mit dem alten Regime, verbesserte Arbeitsbedingungen und schnelle Ergebnisse bei der Armutsbekämpfung. Die von der Regierung angekündigten regionalen Entwicklungsprogramme konnten die Bevölkerung bisher nicht überzeugen.

Im Zeichen dieser Wirtschaftsdaten stand der Besuch von Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert Anfang Dezember, der die jüngst vom Bundestag für den Zeitraum 2012-13 bewilligten 100 Millionen Euro zur Unterstützung der Länder des arabischen Frühlings im Gepäck hatte. Der Bundestagspräsident betonte in seiner Rede vor der Verfassungsgebenden Versammlung, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die politische Stabilität Tunesiens wichtige Voraussetzungen für deutsche Unternehmen seien, damit diese ihre Aktivitäten im Land fortsetzen und ausbauen. Der deutsche Botschafter in Tunis, Dr. Horst-Wolfram Kerll, versicherte der neuen tunesischen Regierung anlässlich der Unterzeichnung von vier bilateralen Abkommen zur technischen und finanziellen Zusammenarbeit über insgesamt 80 Millionen Euro das deutsche Vertrauen in einen erfolgreichen demokratischen und ökonomischen Transformationsprozess.

Dieses Signal ging auch von der Rede des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, Dr. Martin Wansleben, auf dem ersten deutsch-tunesischen Wirtschaftsforum am 28. November in Tunis aus. Die Veranstaltung wurde vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Deutsch-Tunesische Industrie- und Handelskammer (AHK Tunesien) und der tunesischen Agentur für ausländische Investitionen (FIPA Tunisia) organisiert. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz unterstrichen die Vertreter der drei Organisationen die Tatsache, dass die 280 in Tunesien ansässigen deutschen Unternehmen mit etwa 50.000 Mitarbeitern mehr denn je am Standort Tunesien festhalten. Die deutsche Wirtschaftsdelegation setzte sich aus 30 Unternehmensvertretern verschiedenster Branchen zusammen, darunter aus dem Energiesektor, den Bereichen Elektromechanik und Chemie sowie dem Bausektor.

An der 25 Kilometer außerhalb von Tunis gelegenen Universität in Manouba ist es seit Ende November zu wochenlang andauernden Sit-ins und Ausschreitungen durch eine Gruppe von Salafisten gekommen, wodurch die Lehrveranstaltungen an der geisteswissenschaftlichen Fakultät erheblich gestört wurden. Die Salafisten fordern neben der Einrichtung eines Gebetsraumes innerhalb der Universität, vor allem das Recht von Studentinnen, die einen Niqab – eine Form der Vollverschleierung, die nur die Augen freilässt – tragen, am Lehrbetrieb teilzunehmen und Prüfungen abzulegen. In Tunesien ist das Tragen der Körperbedeckung in öffentlichen Einrichtungen seit eines zu Zeiten des ersten tunesischen Präsidenten Habib Bourguiba im Jahre 1985 in Kraft getretenen Gesetzes untersagt. Auch die Hausordnung der Universität Manouba verbietet das Tragen des Niqab in den Unterrichtsräumen und während Prüfungen. Die Proteste kulminierten Ende November in einem tätlichen Angriff auf den Dekan der Fakultät. Um seine Solidarität mit dem Dekan zu demonstrieren, organisierte das Lehrpersonal einen Generalstreik. Aufgrund der Besetzung der Universität durch die Salafisten musste diese am 6. Dezember bis auf Weiteres geschlossen werden. Die Sicherheitskräfte sind bis Ende des Jahres nicht eingeschritten, um die Gruppe der Salafisten, von denen die meisten nicht an der Universität eingeschrieben sind, vom Universitätscampus zu entfernen. Der Forderung, Studentinnen mit Niqab zum Unterricht und zu Prüfungen zuzulassen, kam die Fakultät nicht nach. Hingegen wird wohl derzeit die Möglichkeit des Baus einer Moschee in der Nähe des Campus geprüft, um den Studierenden die Ausübung ihrer Religionsfreiheit zu erleichtern.

## SCHLAGZEILEN ALGERIEN

- 1. Neues umstrittenes Gesetz über zivilgesellschaftliche Vereinigungen**
- 2. Gesetz zur Einschränkung der Gründung islamistischer Parteien**
- 3. Ankündigung der Parlamentswahlen im Frühjahr 2012**

Auch im vierten Quartal wurden in Algerien als Reaktion auf die Demokratiebewegungen in der arabischen Welt wieder zahlreiche neue Gesetze erlassen. Die meisten unter ihnen sollen die Reformbereitschaft und Demokratiebestrebungen der Regierung unter Präsident Bouteflika zum Ausdruck bringen. Hierzu kann jedoch wohl weniger das am 13. Dezember von der algerischen Nationalversammlung verabschiedete Gesetz über zivilgesellschaftliche Vereinigungen gezählt werden. Dieses Gesetz ermächtigt algerische Behörden zu einer weitgehenden Regulierung und Kontrolle der Vereinigungen. So unterwirft es beispielsweise Vereinigungen mit religiösem

Charakter „besonderen Regelungen“ („régime spécial“), wobei diese im Gesetz nicht weiter präzisiert und konkretisiert werden. Ferner ermächtigt das Gesetz das Innenministerium, im Falle einer Einmischung in innere Angelegenheiten Algeriens durch eine ausländische Organisation, deren Zulassung zu suspendieren oder gänzlich zu widerrufen. Ausländische Organisationen sind nach dem neuen Gesetz nur dann zuzulassen, wenn das Ursprungsland mit Algerien ein entsprechendes Abkommen geschlossen hat. Im Kapitel zur Finanzierung von Vereinigungen ist vorgeschrieben, dass diese zur Umsetzung der in ihren Satzungen und Statuten festgesetzten Ziele ausschließlich ihre eigenen finanziellen Mittel aufwenden dürfen. Es ist ihnen danach untersagt Mittel ausländischer Nichtregierungsorganisationen anzunehmen. Diese Regelung wird sicher auch die Arbeit der deutschen Stiftungen noch weiter beeinträchtigen.

Zudem hat die algerische Nationalversammlung am 6. Dezember mit den Stimmen der beiden stärksten Fraktionen, der FLN (Front de libération nationale) und der RND (Rassemblement national démocratique), ein Gesetz verabschiedet, das es Personen, die „für das Ausnutzen der Religion“ verantwortlich und am Bürgerkrieg beteiligt waren, verbietet, eine politische Partei zu gründen oder an der Gründung einer politischen Partei teilzunehmen. Ein neuer Artikel bestimmt, dass dieses Verbot auch für Personen gilt, die terroristische Anschläge verübt haben oder eine gewaltsame Politik gegen den Staat befürworten. Damit soll – angesichts der Erfolge der Islamisten bei den jüngsten Wahlen in Tunesien, Ägypten und in Marokko – die Rückkehr der FIS (Front islamique de Salut) auf der politischen Bühne verhindert werden.

Der Ministerrat kündigte Ende des Jahres an, dass die nächsten Parlamentswahlen im Frühjahr 2012 stattfinden werden. Präsident Bouteflika betonte, dass internationale Wahlbeobachter bei diesen Wahlen zugelassen würden und forderte die Regierung auf, unverzüglich alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die Arabische Liga, die Afrikanische Union, die Organisation der islamischen Konferenz, die Europäische Union und die Vereinten Nationen zur Entsendung von Wahlbeobachtern aufzufordern. Diese Öffnung des Wahlverfahrens für internationale Beobachter sowie die Beteiligung einer politischen Klasse, die von neuen Parteien und unabhängigen Kandidaten geprägt sei, würden eine noch nie gesehene Vielfalt gewährleisten.

## SCHLAGZEILEN MAROKKO

1. **Vorgezogene Parlamentswahlen**
2. **Nominierung einer stark islamisch-konservativ geprägten Regierung**
3. **Exportkarawane: Stärkung der Handelsbeziehungen mit den Ländern der Subsahara**
4. **Marokko zum nicht-ständigen Mitglied des UNO-Sicherheitsrates gewählt**
5. **Außerordentliche Sitzung der Arabischen Liga zum Thema Syrien in Rabat**
6. **Rückzug der Islamisten aus der Bewegung des 20. Februar**

Der Berichtszeitraum war durch die Organisation und Durchführung der vorgezogenen Parlamentswahlen und die Ernennung der neuen Regierung geprägt. Für die ersten Parlamentswahlen nach der am 1. Juli 2011 durch Volksentscheid angenommenen neuen Verfassung Marokkos mussten zuvor eine Reihe von grundlegenden Gesetzen über die Staatsorgane, insbesondere die politischen Parteien und das Repräsentantenhaus, verabschiedet werden. Von den insgesamt 33 Millionen Bürgern sind am 25. November 2011 insgesamt 45,4 % zur Wahl gegangen. Dies ist ein ermutigendes Ergebnis, das ein wieder erstarkendes Interesse der Marokkaner für das politische Leben anzeigt. Die vorherige Parlamentswahl hatte im Jahr 2007 nur 37 % der Wähler mobilisieren können. Die islamistische Partei PJD (Parti de la justice et du développement), die ein Viertel der 395 im Parlament zu verteilenden Sitze auf sich vereinigen konnte, hat bei diesen Parlamentswahlen einen überwältigenden Sieg errungen. Dementsprechend hat der König Mohammed V. – im Einklang mit der neuen Verfassung, nach der der Regierungschef aus den Reihen der Partei ernannt wird, die bei den Parlamentswahlen stärkste Kraft geworden ist – den Generalsekretär der PJD, Abdelilah Benikrane, zum Regierungschef ernannt. Im Übrigen hat mit dieser Wahl ein Klärungsprozess bezüglich der politischen Landschaft Marokkos eingesetzt: Acht von den 31 zur Wahl angetretenen Parteien konnten 378 der insgesamt 395 Parlamentssitze erringen. Mit den Konservativen (etwa 42 %), Liberalen (etwa 39 %) und Sozialisten (etwa 14 %) sind drei große politische Richtungen vertreten.

Die islamisch-konservative PJD (107 Sitze) koalitiert für die Regierungsbildung mit der konservativen Istiqlal (60-Sitze), der liberalen MP (Mouvement populaire, 32 Sitze) und der sozialistischen PPS (Parti du progrès et du socialisme, 18 Sitze). Nach intensiven Verhandlungen wurde die Regierung am 3. Januar 2012 auf Vorschlag des Regierungschefs vom König ernannt. Diese Regierung, die ursprünglich auf 15 bis 20 Geschäftsbereiche beschränkt werden sollte, zählt nun insgesamt 31 Ressorts und setzt sich aus dem Regierungschef, dem Generalsekretär der Regierung, 22 Ministern und sieben beigeordneten Ministern

zusammen. Die PJD erhält zwölf, die Istiqlal sechs, die MP und die PPS jeweils vier Ressorts; die parteilosen Vertreter übernehmen fünf Geschäftsbereiche. Um die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft im Reformprozess zu betonen, wurde der Ministerposten für die Beziehungen zum Parlament nun auf die Beziehungen mit dem Parlament und der Zivilgesellschaft erweitert (*zu Details siehe die Sonderberichte über die vorgezogenen Parlamentswahlen vom 25. November 2011 und über die Ernennung des neuen Kabinetts vom 3. Januar 2012 auf der Webseite der HSS*).

Bei sinkenden Exporten infolge der weltwirtschaftlichen Entwicklungen wichtiger Handelspartner Marokkos profitiert das Wirtschaftswachstum weiterhin von der kräftigen Binnennachfrage. Auf der Angebotsseite zeigen die verfügbaren Konjunkturindikatoren günstige Aussichten für die Wirtschaft an, die mit der guten Getreideernte und der Leistung der nicht-landwirtschaftlichen Sektoren zusammenhängen. Nach Auskunft des Hochkommissariats für Wirtschaftsplanung liegt die Wachstumsrate für 2011 bei 4,8 %. Zur Stärkung und Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Handelsbeziehungen mit Ländern südlicher der Sahara veranstaltete „Maroc export“ (Centre marocain de promotion des exportations) die fünfte Auflage der so genannten Exportkarawane. Eine Delegation von 130 marokkanischen Geschäftsleuten, die mehr als 100 Unternehmen aus 13 Wirtschaftsbereichen vertraten (insbesondere Lebensmittel, Leder und Textilien, pharmazeutische Industrie, Elektronik, neue Informations- und Kommunikationstechnologien), reiste vom 11. bis 17. Dezember 2011 zunächst in den Senegal und anschließend nach Guinea, in die Demokratische Republik Kongo und die Elfenbeinküste. Dabei fanden mehr als 1700 Treffen zwischen marokkanischen und örtlichen Händlern statt. Trotz der auf internationaler Ebene schwierigen Konjunkturlage haben diese Wirtschaftstreffen dazu beigetragen, den marokkanischen Export in Länder Subsahara-Afrikas von 730 Millionen Euro im Jahre 2009 auf 1,3 Milliarden Euro im Jahre 2010 (+ 78 %) anzuheben und die Wirtschaftsbeziehungen zu festigen.

Auf diplomatischer Ebene hat Marokko einige Erfolge zu verzeichnen. Insbesondere wird es ab 1. Januar 2012 für zwei Jahre nicht-ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates. Marokko, das die Gruppe der afrikanischen Staaten vertritt, hat bei der geheimen Wahl am 21. Oktober 2011 von den 193 UNO-Mitgliedsstaaten 151 Stimmen erhalten, deutlich mehr als die erforderliche Zweidrittelmehrheit von 129 Stimmen. Nach 1963-1964 und 1992-1993 handelt es sich hier um das dritte Mandat Marokkos im UNO-Sicherheitsrat.

Darüber hinaus war Marokko am 16. November 2011 in Rabat Gastgeber des Forums für türkisch-arabische Zusammenarbeit, bei dem sich die Türkei und die

Arabische Liga – allerdings ohne Beteiligung ihres Mitgliedslandes Syriens – trafen. Am Rande des Forums fand eine außerordentliche Sitzung zur Lage in Syrien statt. Im Verlauf dieser Sitzung haben sich die Türkei und die Arabische Liga gegen jegliche Fremdeinmischung in Syrien, aber für Dringlichkeitsmaßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung und einen vorübergehenden Ausschluss Syriens aus der Arabischen Liga ausgesprochen. Im Zeitraum des Forums wurden in Syrien die diplomatischen Vertretungen Marokkos, diejenigen weiterer arabischer und europäischer Länder sowie die der Vereinigten Staaten von Demonstranten angegriffen. Infolge dieser Vorfälle hat sich der König Mohammed V. entschieden, den Botschafter Marokkos aus Syrien zurückzurufen.

Auch zehn Monate nach Beginn der Bewegung des 20. Februar, welche den arabischen Frühling in Marokko einläutete, finden weiterhin Demonstrationen statt. Da die Medien nicht mehr wie zu Beginn darüber berichten, sind Informationen über Art und Umfang dieser Proteste rar. Diese haben angesichts der inhomogenen Zusammensetzung der Demonstranten Schwierigkeiten, sich politisch zu formieren. Im Übrigen haben sich die radikalen „Al Adl awl Ihssanne“-Islamisten von der Bewegung des 20. Februar zurückgezogen, die zuvor zum Großteil von deren Mitgliedern dominiert wurde. Diejenigen Gruppierungen, die der Bewegung treu geblieben sind, begrüßen diese Entwicklung, die ihnen nunmehr erlaubt, ihre eigenen, fortschrittlicheren Forderungen in den Vordergrund zu stellen.

**Die Autoren Dr. Jürgen Theres und Christina Kerll sind Regionalbeauftragter bzw. stellvertretende Regionalbeauftragte für den Maghreb der Hanns-Seidel-Stiftung in Tunis, Tunesien.**

**Bericht wurde unter Mitarbeit von Juliette Borsenberger, Büroleiterin Rabat/Marokko, und Anne Hitzegrad, Rechtsberaterin im Regionalbüro Tunis erstellt.**

#### **IMPRESSUM**

Erstellt: 10.01.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iz@hss.de](mailto:iz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)